

# VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

siehe Formular PCT/ISA/220

## PCT

### SCHRIFTLICHER BESCHIED DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum

(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts  
siehe Formular PCT/ISA/220

**WEITERES VORGEHEN**  
siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP2004/012688

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)

10.11.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)

27.11.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK  
H04M1/60

Anmelder

DAIMLERCHRYSLER AG

#### 1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- ☒ Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- ☐ Feld Nr. II Priorität
- ☐ Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- ☐ Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- ☒ Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- ☐ Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- ☐ Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- ☐ Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

#### 2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationale Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

#### 3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen  
Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt  
D-80298 München  
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d  
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Liebhart, M

Tel. +49 89 2399-7598



---

**Feld Nr. I Grundlage des Bescheids**

---

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
  - ☐ Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
  - a. Art des Materials
    - ☐ Sequenzprotokoll
    - ☐ Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
  - b. Form des Materials
    - ☐ in schriftlicher Form
    - ☐ in computerlesbarer Form
  - c. Zeitpunkt der Einreichung
    - ☐ in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
    - ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
    - ☐ bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. ☐ Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

---

**Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der  
erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur  
Stützung dieser Feststellung**

---

**1. Feststellung**

Neuheit	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-24
Erfinderische Tätigkeit	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-24
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-24 Nein: Ansprüche:

**2. Unterlagen und Erklärungen:**

**siehe Beiblatt**

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: WO 02/25970 A1 (BROWN, JAMES, W; BROWN, GEORGE, W; BROWN, CHARLES, F) 28. März 2002 (2002-03-28)  
D2: EP-A2-0 921 667 (PIONEER ELECTRONIC CORPORATION) 9. Juni 1999 (1999-06-09)

**Zu Punkt V**

1. Das Dokument D1 offenbart (die Verweise in den Klammern beziehen sich auf dieses Dokument) hinsichtlich der in Anspruch 1 angeführten Merkmalen eine Benutzerschnittstelle für ein Kommunikationssystem in einem Kraftfahrzeug, die in einem Einschränkungs-Betriebsmodus eine Funktionalität einer Funkschnittstelle zum drahtlosen Anschluss an ein Funkkommunikationsnetz einschränkt (siehe Zusammenfassung), wobei die Benutzerschnittstelle im Einschränkungs-Betriebsmodus bei einem Anruf eine Wartefunktion aktiviert, die dem Anrufer eine Ursache (Seite 7, Zeile 25-30) und/oder die voraussichtliche Zeitdauer für den Betrieb mit eingeschränkter Funktionalität anzeigt.

D1 enthält somit alle in Anspruch 1 angeführten Merkmale, womit dieser Anspruch nicht neu im Sinne von Artikel 33(2) PCT ist.

2. Weiters sei erwähnt, dass auch D2 eine Benutzerschnittstelle für ein Kommunikationssystem in einem Kraftfahrzeug beschreibt und sämtliche in Anspruch 1 angeführten Merkmale offenbart (siehe im Recherchenbericht zitierte Passagen).
3. Der Gegenstand der abhängigen **Ansprüche 2-15** bezieht sich auf Merkmale, die entweder direkt vom vorgenannten Stand der Technik (D1 bzw. D2) bekannt und daher **nicht neu** sind (Artikel 33(2) PCT), oder die lediglich eine Auswahl mehrerer naheliegender Möglichkeiten darstellen, die dem Gegenstand des Anspruchs **nichts Erfinderisches hinzufügen** (Artikel 33(3) PCT).
4. Der abhängige **Anspruch 16** definiert lediglich das zu Anspruch 1-13 korrespondierende Kommunikationssystem und kann somit entsprechend der unter den Paragraphen 2-4 erhobenen Einwände nicht als neu (Artikel 33(2) PCT) bzw. erfinderisch (Artikel 33(3) PCT) aufgefasst werden.

5. Der unabhängige **Anspruch 17** definiert lediglich das zu Anspruch 1 korrespondierende Verfahren und kann somit entsprechend der unter den Paragraphen 2 und 3 erhobenen Einwände nicht als neu (Artikel 33(2) PCT) aufgefasst werden.
6. Der Gegenstand der abhängigen **Ansprüche 18-24** bezieht sich auf Merkmale, die entweder direkt vom vorgenannten Stand der Technik (D1 bzw. D2) bekannt und daher **nicht neu** sind (Artikel 33(2) PCT), oder die lediglich eine Auswahl mehrerer naheliegender Möglichkeiten darstellen, die dem Gegenstand des jeweiligen Anspruchs **nichts Erfinderisches hinzufügen** (Artikel 33(3) PCT).
7. Des weiteren sind folgende Punkte zu berücksichtigen:
  - a) Der Stand der Technik gemäß der oben genannten Dokumente D1 und D2 ist in der Beschreibungseinleitung nicht angegeben (Regel 5.1 a) ii) PCT).
  - b) Weiters liegen die unabhängige Ansprüche nicht in der korrekten zweiteiligen Form vor (Regel 6.3 b) PCT), wonach die aus einem Dokument, welches den Stand der Technik repräsentiert, bekannten Merkmale in den Oberbegriff (Regel 6.3 b) i) PCT) gehören und die übrigen Merkmale in den kennzeichnenden Teil (Regel 6.3 b) ii) PCT).
  - c) Die in einigen Vorrichtungsansprüchen gewählte Formulierung bezieht sich auf ein Verfahren zur Verwendung des Systems und nicht auf die Definition des Systems anhand seiner technischen Merkmale (beispielsweise Anspruch 1: "bei einem Anruf eine Wartefunktion aktiviert, die dem Anrufer eine Ursache ... anzeigt").  
Die beabsichtigten strukturellen Einschränkungen gehen daher im Widerspruch zu den Erfordernissen des Artikels 6 PCT nicht klar aus den Ansprüchen hervor. Daher hätte eine andere Formulierung gewählt werden sollen (z.B. durch den expliziten Verweis darauf, dass "Mittel vorgesehen und entsprechend ausgestaltet sind").